



PRESSEMITTEILUNG

28. Oktober 2020

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2020 vom 24. bis 30. Oktober

Der Weg der privaten Medien aus der Corona-Krise

„Staatsknete“ für den privatwirtschaftlichen Rundfunk?

München – Die Corona-Pandemie setzt der Wirtschaft zu und natürlich ist auch die Medienbranche davon betroffen. Die privaten audiovisuellen Medienanbieter in Deutschland fordern deshalb staatliche Hilfen für infrastrukturelle Maßnahmen und ein Moratorium bei Maßnahmen und Gesetzesvorhaben bezüglich von Werbe-Restriktionen und Urheberrechtsreformen. Wie Senderverantwortliche in der Pandemie agieren und welche Folgen, Perspektiven und Strategien sie für die Zukunft der Medienbranche sehen, wurde bei einer Veranstaltung des Verband Privater Medien e. V. (VAUNET) im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN diskutiert.

Annette Kümmel, Chief Sustainability Officer bei ProSieben.Sat.1 Media und Vorstandsvorsitzende von VAUNET, zeichnete ein wirtschaftlich stark angespanntes Bild der Medienbranche, obwohl die Programme natürlich einen enormen Zuspruch durch das Publikum gefunden hätten: „Die Werbeeinnahmen beim Radio sind um 75 bis 80 Prozent – bei kleineren Sendern bis zu 90 Prozent – eingebrochen“. Totalausfälle gebe es vor allem im Event-Bereich. Das könnten kleinere Hörfunk-Programmanbieter kaum mehr auffangen.

„Wir werden übers Jahr bis zu dreißig Prozent an Erlösen verlieren“, sprach Marco Meier von „existenziellen Sorgen“. Der Geschäftsführer der Radio/Tele FFH aus Frankfurt und stellvertretende VAUNET-Vorstandsvorsitzende (Fachbereich Radio und Audiodienste) berichtete, die Online- und Audiozahlen seien während des Lockdowns zwar enorm in die Höhe geschossen. Das habe aber wenig geholfen, da die Werbeerlöse eingebrochen seien. Kurzarbeit habe man sich während des Lockdowns nicht leisten können, denn das wäre auf Kosten der journalistischen Qualität gegangen.

Die Corona-Krise habe die Digitalisierung auf jeden Fall beschleunigt, sagte Claus Grewenig, Leiter Medienpolitik der Mediengruppe RTL Deutschland, der ebenfalls stellvertretender VAUNET-Vorstandsvorsitzender (Fachbereich Fernsehen und Multimedia) ist. Man sei zwar auf die Digitalisierung gut vorbereitet gewesen, aber deren Umsetzung habe „einen Riesen-Aufwand“ erfordert. In der Krise müsse man heute noch kreativer auf die Wünsche der Kunden eingehen. Man sei im Juli/August zumindest brutto „wieder über die Linie gekommen“. Bezüglich der Werbeerlöse könne er aber keine Entwarnung geben, denn man wisse derzeit nicht, was bis zum Jahresende noch auf die Branche zukomme. Angesichts der Einbrüche im Werbemarkt bei den im TV-Bereich stets gleichbleibenden Kosten forderte Grewenig staatliche Strukturhilfen – sprich „Staatsknete“, wie es Moderatorin Ulrike Simon zusammenfasste.

Bei VAUNET habe man schnell eine Task Force eingerichtet, um sich mit den Mitgliedern verbandsintern auszutauschen, berichtete Annette Kümmel vom Krisenmanagement der Branche. Die VAUNET-Vorsitzende pflichtete Grewenigs Forderung nach staatlichen Hilfen generell bei und ergänzte: „Wir brauchen von staatlicher Seite ein strukturelles Go!“ Auch ein Moratorium bei Maßnahmen und Gesetzesvorhaben bezüglich Werbe-Restriktionen und Urheberrechtsreformen sei wünschenswert.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.